

31. Europaministerkonferenz der Länder

am 28. Februar 2002
in Berlin

TOP 2 Reform des Europawahlrechts

Berichterstatter: Baden-Württemberg

Beschluss

1. Die Europaminister und -senatoren nehmen Kenntnis vom Bericht Baden-Württembergs über Möglichkeiten einer Reform des Europawahlrechts.
2. Die Europaminister und -senatoren halten es für notwendig, rechtzeitig zur Europawahl 2004 die Voraussetzungen für eine Wahl nach gemeinsamen Grundsätzen zu schaffen, um die demokratische Legitimation des Europäischen Parlaments zu erhöhen. Daher unterstützen sie die Bundesregierung in ihrem Bemühen, im Rat die Arbeiten an einem solchen Wahlverfahren rasch zum Abschluss zu bringen.